

Wirtschaftspolitische Positionen der IHK-Organisation 2017

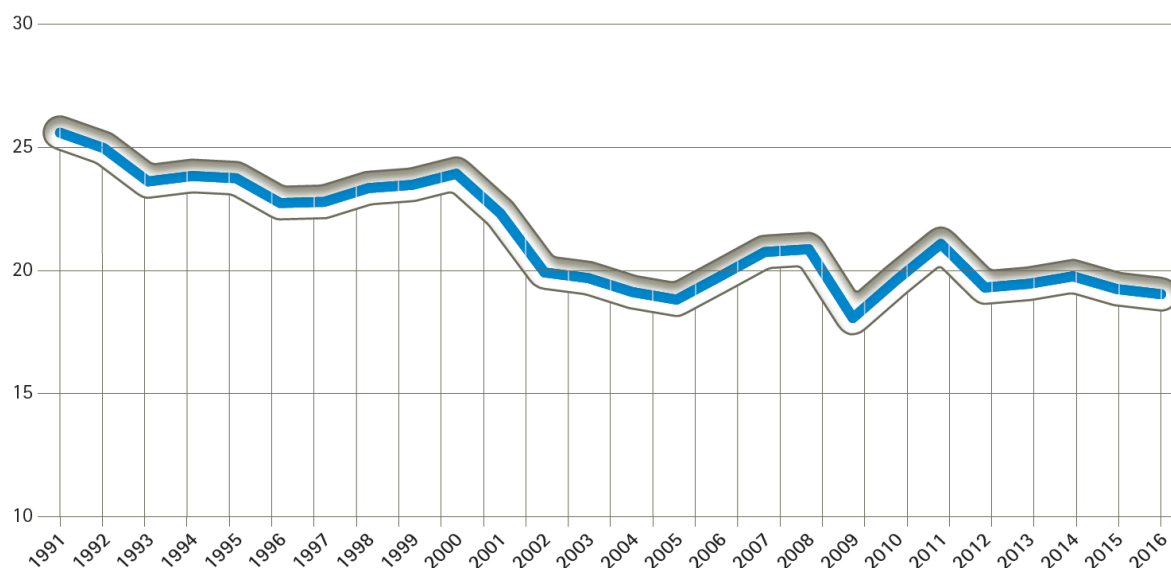
UNTERNEHMENSFINANZIERUNG: Finanzmärkte ausgewogen regulieren

Die wirtschaftspolitischen Positionen der IHK-Organisation (WiPos) zeigen der Politik konkrete Handlungsfelder für eine gute Wirtschaftspolitik auf. Die WiPos geben die abgestimmte Meinung der IHKs und deren Mitglieder wieder. Sie wurden am 30. März 2017 von der DIHK-Vollversammlung beschlossen.

Unternehmensfinanzierung: Finanzmärkte ausgewogen regulieren

Die Regulierung der Finanzmärkte zielt auf Finanzmarktstabilität. Diese ist Grundvoraussetzung für Investitionen, Wachstum und Beschäftigung. Die Politik sollte dabei die Auswirkungen auf die Finanzierungsbedingungen von Unternehmen berücksichtigen.

Anteil der Bruttoinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (in %)



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnung, 2017

Folgende Leitlinien sollten das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- Finanzmärkte ausgewogen regulieren
- Unternehmensfinanzierung zukunftsfest gestalten
- Auswirkungen der Finanzmarktregulierung auf den Mittelstand berücksichtigen
- Rahmenbedingungen für neue und alternative Finanzierungswege schaffen

Finanzmärkte ausgewogen regulieren

Risiken in der Unternehmensfinanzierung: Eine lückenlose Finanzierung entlang aller Entwicklungsphasen eines Unternehmens sichert dessen Handlungsfähigkeit durchgehend. Dabei können neue und alternative Finanzierungsinstrumente auf klassischen Instrumenten aufbauen und diese ergänzen. Angemessene Rahmenbedingungen für Kapitalsammelstellen könnten privates Kapital stärker mobilisieren helfen und so die Unternehmensfinanzierung breiter aufstellen. Ein attraktives Umfeld für Verbriefungen könnte Unternehmen zudem zusätzliche Möglichkeiten der Eigen- und vor allem der Fremdfinanzierung verschaffen. Die derzeitige allumfassende und einheitliche Finanzmarktregulierung trägt der Pluralität der Geschäftsmodelle und der jeweiligen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen nicht angemessen Rechnung.

Was zu tun ist: Inkonsistenzen zwischen diversen Regulierungsvorhaben, falsche Steuerungsanreize, Mehrfachbelastungen der Finanzinstitute und eine zunehmende Risikoverlagerung auf nicht-finanzielle Unternehmen der Realwirtschaft sollten reduziert werden. Insbesondere sollten durch die Regulierung der Finanzmärkte keine weiteren Wettbewerbsnachteile für deutsche Finanzinstitute entstehen. Das Ausmaß der Finanzmarktregulierung, wie z. B. beim internationalen Basel-IV-Prozess, sollte der Komplexität und dem Risikogehalt der betriebenen Geschäfte Rechnung tragen (Proportionalitätsprinzip). Sonst besteht das Risiko einer systematischen Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen zahlreicher Unternehmen.

Unternehmensfinanzierung zukunftsfest gestalten

Unternehmensfinanzierung im Spiegel der Finanzmarktregulierung: Mittels engmaschiger Finanzmarktregulierung möchte die Politik zukünftigen Finanzkrisen vorbeugen. Diese Regulierung stellt Finanzinstitute vor erhebliche Herausforderungen: Die Umsetzung der Baseler Vorgaben zu den Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen betrifft in erster Linie die Banken; die Versicherungen unterliegen bereits einem neuen europäischen Aufsichtsregime (Solvency II) mit strengeren Anforderungen an eine risikobasierte Eigenmittelausstattung. Weitere Regulierungsmaßnahmen, z. B. im Derivatemarkt, die sich unmittelbar auch auf die Geschäftstätigkeit in der Realwirtschaft auswirken, werden im Rahmen der Kapitalmarktunion diskutiert. Die Europäische Bankenunion hat bereits Standards für die grenzüberschreitende Aufsicht und Abwicklung von Finanzinstituten etabliert. Dies soll die nach wie vor enge nationale Bindung zwischen Staaten und Finanzinstituten entflechten und einen integrierten europäischen Finanzmarkt schaffen. Hierauf zielen auch Pläne der EU, mitgliedstaatliche Einlagensicherungssysteme zusammenzuführen.

Was zu tun ist: Ein internationaler Ordnungsrahmen für Finanzmärkte ist zwar grundsätzlich geeignet, die Gefahr zukünftiger Krisen zu reduzieren. Die Vorgaben sollten aber zweckmäßig und notwendig sein sowie dem Risiko der Geschäfte sowie der Systemrelevanz der Finanzinstitute entsprechen. Das Universalbankprinzip und nationale Besonderheiten, wie z. B. das bewährte Drei-Säulen-Modell des deutschen Bankensystems, sollten berücksichtigt werden; Institute mit einem regional beschränkten Geschäftsgebiet sollten mit anderen Maßstäben beaufsichtigt und reguliert werden als global tätige Häuser. Eine ausgewogene internationale Finanzmarktregulierung sollte

vielmehr die Vorzüge des vielfältigen, breiten Bankensystems in Deutschland berücksichtigen – nämlich die Fähigkeit, unternehmensspezifische Risiken im kleinteiligen Bankgeschäft mit gewerblichen Kunden angemessen beurteilen zu können. Bewährte deutsche Instituts- und Einlagensicherungssysteme sollten erhalten bleiben.

Auswirkungen der Finanzmarktregulierung auf den Mittelstand berücksichtigen

Unternehmensfinanzierung – noch gut aufgestellt: Aufgrund des stabilen wirtschaftlichen Umfelds und der Niedrigzinspolitik war die Finanzierungssituation für die meisten Unternehmen auch im Jahr 2016 relativ entspannt. Die Bedeutung des Risikos „Finanzierung“ für die geschäftliche Entwicklung der Unternehmen hat seit 2010 deutlich abgenommen.¹ In den letzten Jahren konnten viele Unternehmen ihr Eigenkapital stärken und Liquiditätsreserven erhöhen. Allerdings schränken strengere Regulierungen, wie z. B. Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen, Geschäftsoptionen im Finanzmarkt weiter ein. Dadurch besteht perspektivisch das Risiko, dass mittelständische Betriebe Schwierigkeiten beim Zugang zu Krediten bekommen. Erste Komplikationen treten bereits bei der Langfristfinanzierung und der Finanzierung des Auslandsgeschäfts von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) auf.² Zudem werden Unternehmenskredite, auf die gerade mittelständische Unternehmen angewiesen sind, strukturell benachteiligt: Banken und andere Investoren müssen Staatsanleihen gemäß der geltenden Regulierung nicht mit Eigenkapital unterlegen, so dass sie für diese systematisch günstiger als Unternehmensfinanzierung sind.

Was zu tun ist: Der seit 2014 bestehende KMU-Korrekturfaktor stellt einen zentralen Hebel für eine passgenaue Regulierung dar. Weitere Maßnahmen zur Unterstützung der Mittelstandsfinanzierung, z. B. durch Ausnahmen bei der Festsetzung von Kapitalpuffern im kleinteiligen Geschäft der Unternehmensfinanzierung, sollten den im November 2016 ausgeweiteten KMU-Korrekturfaktor flankieren. Dazu gehören auch Ausnahmen für die Exportfinanzierung mittelständischer Betriebe. Denn die im November 2016 beschlossene ungedeckte Eigenkapitalquote (Leverage Ratio) schafft einen Anreiz für Finanzinstitute, insbesondere die Exportfinanzierung bei KMU abzubauen. Zudem sollten Finanzinstitute nicht nur Unternehmens-, sondern auch Staatsanleihen risikogerecht mit Eigenkapital unterlegen müssen.

Neue und alternative Finanzierungswege ausbauen

Chancen in der Unternehmensfinanzierung stärken: Der Digitalisierungsschub der Finanzwirtschaft – Stichwort: Fintech – eröffnet neue Wege bei der Fremdkapitalfinanzierung wie z. B. Crowdfinancing. Die klassische, bankbasierte Finanzierung für Unternehmen lässt sich mit den neuen, vielseitigen Möglichkeiten digitalisierter Finanzdienstleistungsangebote kombinieren.

Eine Weiterentwicklung des Verbriefungsmarktes in Europa kann zur Eigenkapitalentlastung bei Banken beitragen. Auf diese Weise könnten letztlich mittelständische Unternehmen, die eine

¹ Siehe hierzu z. B. die DIHK-Sonderauswertung zum Finanzierungszugang der Unternehmen „Sonnige Finanzierungsbedingungen, Baseler Schatten“, 2016.

² Ebd., S. 8.

bankbasierte Finanzierung besonders stark nachfragen, von zusätzlichen Krediten der Banken profitieren.

Technologieorientierte Jungunternehmen gelangen häufig nicht so einfach an Kredite, da Banken deren Risiko als sehr hoch bewerten. Zudem erschweren in der Regel nicht vorhandene Sicherheiten sowie unzureichendes Eigenkapital den Zugang zu Finanzierungsmitteln. Zudem treibt die EU im Rahmen der Kapitalmarktunion alternative Formen der kapitalmarktbasierter Finanzierung für Unternehmen voran. Dies betrifft u. a. den Markt für Privatplatzierungen bzw. Schuldscheindarlehen, die für Unternehmen im Vergleich zu Wertpapieren kostengünstiger sind. Da jedoch der Zugang zum Kapitalmarkt für KMU häufig aufgrund regulatorischer Anforderungen relativ teuer ist, bildet dieser oftmals keine wirtschaftliche Alternative zu den herkömmlichen Finanzierungsmöglichkeiten.

Was zu tun ist: Ein praxisgerechter Rechtsrahmen für die digitale Finanzwirtschaft – insbesondere für das Crowdfinancing – könnte zu einer breit aufgestellten Unternehmensfinanzierung beitragen.

Steuer- und privatrechtliche Harmonisierungen in einem europäischen Rahmen für Qualitätsverbriefungen können die Kreditvergabe der Banken erleichtern. Zudem sollte ein Verbriefungsgesetz mittelständischen Unternehmen ermöglichen, ihre Handels- und Leasingforderungen auch in Deutschland zu verbiefen und sich auf diese Weise breiter zu finanzieren.

Der Ausbau von Wagniskapital- bzw. Beteiligungsfinanzierungen bleibt für die deutsche Wirtschaft, insbesondere für technologieorientierte Jungunternehmen, bedeutsam. Die Bedingungen hierfür sollte die Politik durch eine investitionsfreundliche Gesetzgebung verbessern.

Die IHK-Organisation trägt hierzu bei unter anderem durch:

- Stellungnahmen und Fachgespräche der IHK-Organisation zu Gesetzesvorhaben zur Finanzmarktregulierung
- regelmäßige Veranstaltungen zum Thema Unternehmensfinanzierung
- Beratungen zu Finanzierungsmöglichkeiten bei Unternehmen vor Ort